

Rede des Ministers für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Einladung! Ich bin Ihnen, Herr Tönjes, sehr dankbar, dass Sie sich – sehr unmittelbar nach meinem Amtsantritt – die Zeit genommen haben, zu mir in mein provisorisches Büro in Düsseldorf zu kommen und mir die Gelegenheit hatten, unter vier Augen über die Herausforderungen in der Kohle und in der Energiepolitik zu sprechen. Dabei haben Sie mir einen Einblick in die Geschichte und die Tradition gegeben. Ich habe dadurch sehr viel von Ihnen lernen dürfen. Auch insgesamt habe ich in den letzten Wochen und Monaten durch die vielen Besuche an verschiedenen Orten viel erkennen, viel lernen und sehen dürfen. Ich bin Ihnen allen dankbar für diese freundliche Aufnahme.

Heute war ich beim nationalen IT-Gipfel. Der ist nicht weit von hier im Quartier von Thyssen-Krupp. Die Bundeskanzlerin ist heute Mittag mit dem halben Bundeskabinett da gewesen, Frau Ministerpräsidentin Kraft war da, und wir haben in dieser Runde zusammen zu Mittag gegessen. Der Chef des IT-Verbands, des BITKOM, sagte auf die Frage der Bundeskanzlerin, was denn notwendig sei, um für die IT-Branche gute Zukunftsperspektiven zu schaffen: Kreativität und Kohle. Das hat natürlich in der Runde, insbesondere aus der nordrhein-westfälischen Sicht, zu einer ganzen Reihe von Kommentierungen geführt: dass man ausreichend Kreativität hätte, mit der Kohle würde es halt in den nächsten Jahren doch weniger. Aber ich denke, das ist trotzdem ein guter Satz, um eine grundsätzliche Bemerkung voranzustellen: nämlich dass wir zur Bewältigung des Auslaufens eben diese Kreativität brauchen, die auch in anderen Branchen da ist. Ich habe in den vergangenen Wochen sehr deutlich sehen können, dass die Kreativität da ist und dass die Innovationsfähigkeit im Unternehmen RAG und in vielen anderen sie begleitenden Unternehmen da ist, um diese Herausforderung am Ende erfolgreich zu bewältigen.

Übrigens, wenn ich noch einmal kurz auf den IT-Gipfel zurückkommen darf: Gestern Abend fand dort auf der Zeche Zollverein der Vorabend dieses IT-Gipfels statt, mit Hunderten von jungen Gründerinnen und Gründern. Es verging keine Minute auf der Veranstaltung, in der die Menschen, die das zum ersten Mal erlebt haben, nicht voller Begeisterung davon gesprochen

haben, was sie dort gesehen haben, was sie dort erlebt haben.

Das bringt uns zu der entscheidenden These, die ich die ganze Zeit in diesem Amt auch vertreten will. Es geht darum, dass wir in Nordrhein-Westfalen, dass wir im Ruhrgebiet, dass wir im Revier nicht den Eindruck erwecken, als wenn wir hier was zu Ende bringen und das war es dann, sondern dass wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, damit das hier auch künftig durch entsprechende Modernisierung, durch entsprechende Innovation, durch entsprechende Stärkung der Industrie, durch die Nutzung des entsprechenden Know-hows, ein hoch moderner und hoch attraktiver Industriestandort bleiben kann. Und damit wir Menschen begeistern können, hierher zu kommen, hier auch zu investieren, brauchen wir dazu auch Museen. Aber dieser Standort ist kein Museum, sondern er ist ein Industriestandort der Zukunft, und das müssen wir leben, das müssen wir zum Ausdruck bringen.

Wenn ich auf meine ersten Erfahrungen hier zurückblicke, dann will ich Ihnen einige Beispiele nennen: Da ist zum Beispiel der Punkt gewesen, dass ich in Bochum mit eingeladen gewesen bin, um die Wärmeversorgung zweier Schulen und anderer öffentlicher Einrichtungen durch Grubenwasser in Betrieb zu setzen. Ich durfte dabei sein in China, als wir mit hiesigen Vertreterinnen und Vertretern aus der Region dafür geworben haben, wie man mit dem Thema Grubengas anders umgehen kann, als das bisher in großen Teilen Chinas der Fall ist. Die Expertise ist hier, die unternehmerische Idee ist hier, der Bedarf ist dort und es ergeben sich wunderbare Kooperationsmöglichkeiten, weil wir dieses Know-how hier haben und nutzbar machen.

Oder wenn es um das Thema Energiewende – darauf komme ich natürlich gleich noch etwas ausführlicher zu sprechen – geht, dann ist das Thema Pumpspeicher – das ist gerade schon angesprochen worden – ein ganz zentrales. Und das, was die RAG dabei überlegt, wie das nutzbar gemacht werden kann, ist in diesem Sinne ganz wichtig. Aber ich will auch etwas hinzufügen, das mit zu den innovativen Errungenschaften der Vergangenheit gehört und das wir weiter leben müssen, das ist das Thema der Sozialpartnerschaft. Auch das können andere kopieren, diese

gelebte Sozialpartnerschaft. Ich will Professor Wodopia ausdrücklich darin unterstützen, dass es in Zeiten wie diesen umso wichtiger ist, dass man bei dem Thema Tarifeinheit Nägel mit Köpfen macht. Ich glaube, der gemeinsame Vorschlag von DGB und BDA ist schon zwei Jahre alt oder noch älter und bis heute noch nicht wirklich in die Tat umgesetzt worden. Wir wollen das von Seiten der Landesregierung gerne entsprechend unterstützen.

Ein letztes Beispiel für das Know-how, was wir in dieser Region, was wir in diesem Land haben, ist das der Bergbauzuliefererindustrie. Nach wie vor sind über 11.000 Menschen in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Einer meiner ersten Besuche führte mich nach Lünen zu einem solchen Unternehmen, mit natürlich auch sehr traditionsreicher Geschichte und wechselnden Eigentümern. Aber heute ist es so, dass der Export schon 90 % ausmacht. Dieser Anteil wird natürlich noch weiter steigen. Das ist ja zwangsläufig. Trotzdem sagt dieses Unternehmen mit diesem Standort, mit den Beschäftigten, mit dem Know-how, wir wollen hier in Nordrhein-Westfalen bleiben. Wir gehen nicht irgendwo hin, wo es vielleicht noch etwas billiger sein könnte oder wo dann auch die entsprechende Nachfrage ist, sondern wir bleiben in Nordrhein-Westfalen.

Also, langer Rede kurzer Sinn: An diesen Beispielen, ob Wärmeversorgung, Grubengas, Pumpspeicher, Sozialpartnerschaft oder eben Zulieferer – dieser Standort hat aufgrund der Erfahrungen eine Perspektive, um aus dem, was an Know-how da ist, auch für die Zukunft etwas Attraktives und Gutes zu machen.

Wenn ich über den Industriestandort rede, dann geht es zum einen darum, diese Innovationsfähigkeit zu erhalten. Aber es geht natürlich auch um weitere Herausforderungen. Es geht darum, wie wir es schaffen können, der immer größeren Nachfrage und dem immer geringer werdenden Angebot nach Fachkräften gerecht zu werden. Ich will an dieser Stelle nicht über Zuwanderung reden, über die Möglichkeiten, Menschen länger im Betrieb zu lassen, über die Steigerung der Frauenerwerbsquote, über all diese Dinge, die uns dabei beschäftigen. Sondern ich will an Ihre Adresse im Steinkohlenbergbau einen ausdrücklichen Dank sagen, weil Sie – und das haben wir ja nicht nur hier bei dem Chor heute gesehen – trotz der klar endenden Perspektive nicht aufhören, in Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung zu investieren; dafür, dass Sie nach wie vor jungen Menschen in Ihrem Bereich die Chance geben, diese Berufe zu erlernen, und damit diese Perspektive und die Qualifikation zu bekommen. Das ist aller Ehren wert und fordert uns wirklich heraus, Ihnen dafür dankbar zu sein. Sie hätten in dem Moment, in dem die endgültigen Beschlüsse gefasst worden sind, auch zu einer anderen Entscheidung kommen können oder das deutlich reduzieren können. Das haben Sie nicht gemacht und das ist ein gutes Zeichen auch für diese Standorte und auch für das Unternehmen.

Weshalb ist das so wichtig? Weshalb ist das auch so wichtig für die jungen Leute? Ich begegne vielen Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land, die sagen, wir bilden selber aus und natürlich suchen wir uns auf dem Arbeitsmarkt die besten aus. Aber wenn Sie mit mittelständischen Unternehmen sprechen, sagen die: Wenn wir eine Truppe von jungen Leuten besonders gerne in unseren Betrieben haben, dann sind es diejenigen, die im Steinkohlenbergbau ausgebildet worden sind. Weil es da nicht nur um die fachliche Qualifikation geht. Da geht es um etwas, was immer mehr mittelständischen Unternehmern unheimlich wichtig ist und was auch aufgrund der Veränderung bei der Studienordnung, die nicht mehr Richtung Diplom-Ingenieur, sondern Bachelor und Master geht, unter der Wahrnehmungsschwelle von großen Zeitungen inzwischen ein riesig brennendes Thema ist: die Persönlichkeit der Beschäftigten. Die fachliche Qualifikation ist ganz wichtig, aber wenn ich nicht auch ein paar Charaktereigenschaften mitbringe, die mich für das Arbeitsleben tauglich machen, dann ist demjenigen, der mich einstellen soll, wenig geholfen. Das, was Sie an Ausbildung leisten, ist eben auch in diesem Bereich etwas ganz wertvolles und soll an dieser Stelle deshalb erwähnt werden.

Es geht, wenn wir um den Industriestandort ringen, um das Thema Infrastruktur. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass auf der Bundesebene noch einmal zusätzliches Geld in die Hand genommen werden soll, um die Infrastruktur auszubauen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben reichlich Bedarf, diesen Ausbau der Infrastruktur voranzubringen.

An dritter Stelle geht es um das Thema Europa und das will ich mit drei Sätzen beschreiben. Es ist schon manches über das Thema Eurokrise gesagt worden, über die Herausforderungen, die wir dort haben. Ich glaube, das Entscheidende ist, dass wir uns als Bundesrepublik Deutschland auf der europäischen Ebene in den kommenden Jahren anders aufstellen, als wir das zuletzt gemacht haben. Da geht es nicht darum, beim Thema Finanzkrise irgendwelche Verantwortlichkeiten hin und her zu schieben, sondern es geht um das grundsätzliche Verständnis, wie wir Europapolitik von Deutschland aus gestalten wollen. Wir haben nämlich eine Entwicklung, dass die Mehrheit der 27 Mitgliedsstaaten nicht industrialisiert ist beziehungsweise nicht mehr industrialisiert ist. Wenn von den 27 die deutliche Mehrheit eben keine Stahlindustrie hat, keine Automobilindustrie hat, keine Chemieindustrie nennenswerten Ausmaßes hat, dann ist man leicht dabei, wohlklingende Gesetzgebung auf den Weg zu bringen oder ihr auch zuzustimmen. Diejenigen, die diesen industriellen Kern noch haben – es sind ja nur noch wenige, und wir müssen insbesondere in Osteuropa immer nach Verbündeten suchen – die müssen anders agieren als in der Vergangenheit. Es kann nämlich nicht sein, dass diejenigen, die Europa durch

diese Krise bringen, diejenigen, wie insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, die durch die Krise der Realwirtschaft besonders gut hindurch gekommen ist, weil sie diesen industriellen Kern hat, sich dann von anderen sagen lassen müssen, wie Gesetzgebung im Umweltbereich oder in welchen Bereichen auch immer am Ende auszu sehen hat. Ich glaube, da müssen wir auf der europäischen Ebene mit mehr Selbstbewusstsein und auch mit mehr Deutlichkeit auftreten.

Lassen Sie mich jetzt zu dem Thema kommen, was für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen, für den Industriestandort Deutschland die größte Herausforderung ist: dem Thema Energiewende. Man kann sich lange darüber streiten, ob die Energiewende nun im Jahr 2000 eingeleitet wurde oder ob es eben im letzten Jahr war. Wie auch immer wir das Ganze einordnen: Klar ist, dass viel zu viel Zeit ins Land gegangen ist, ohne dass schon ausreichend Weichenstellungen vorgenommen worden sind. Deshalb ist ja dieses Ringen jetzt auch gerade so aktuell.

Ich habe mir sagen lassen, dass es, wenn man ein neues Projekt in einem Unternehmen oder an anderer Stelle auf den Weg bringt, vier Phasen gibt: zuerst die Begeisterung, die Euphorie, dann die Ernüchterung, dann die Suche nach dem Schuldigen und an vierter Stelle kommt dann die Beförderung der bisher damit gar nicht Befassten. Wenn Sie sich das auf der bundespolitischen Ebene noch einmal kurz vor Augen führen lassen, dann haben wir das mit der Beförderung der bisher damit nicht Befassten und der Bestrafung und der Ernüchterung alles schon hinter uns.

Was mir fehlt – und das meine ich ganz im Ernst – ist die Begeisterung, das, was eigentlich am Anfang stehen sollte. Wer, wenn nicht wir in Deutschland kann es hinbekommen, diese Energiewende zu gestalten. Wir haben meines Erachtens die finanziellen Ressourcen dazu, wir haben das technische Know-how. Was wir zurzeit nicht haben, ist die politische Klarheit, die notwendig ist, um dieses Thema auf die Reihe zu bekommen. Deshalb will ich an drei, vier Punkten deutlich machen, worum es meines Erachtens geht: Erstens – und das haben Sie in Ihrer Folie, Professor Wodopia, auch hinzugefügt, es war, glaube ich der fünfte Punkt – ist es das Thema der Akzeptanz. Dass aus der Atomkraft ausgestiegen wird, hat nach wie vor eine sehr große Akzeptanz in der Bevölkerung. Das ist hier auch gerade noch einmal mit dokumentiert worden. Drei Viertel der Bevölkerung sagen, dass der Ausstieg völlig unumstritten ist, und das ist ausgenommen des Werts in den Wochen unmittelbar nach Fukushima. Mit diesem Wert haben wir es schon sehr, sehr lange zu tun.

Aber wir brauchen nicht nur eine Akzeptanz für Ausstieg, sondern wir brauchen eine Akzeptanz für das, was eben noch auf uns zukommt. Wir brauchen eine Akzeptanz für den Bau eines neuen Windparks. Wir brauchen eine Akzeptanz für den Bau von neuen Netzen. Wir brauchen aber auch Akzeptanz für das, was im konventionellen

Bereich passiert, für den Neubau konventioneller Kraftwerke.

Ich war in der letzten Woche in Walsum. Wir müssen gemeinsam darauf achten, dass sich dort nicht auch in den Medien etwas verselbstständigt, was dann irgendwann nicht mehr auf die Füße zu stellen ist. Als ich mit Dr. Rumstadt in der letzten Woche in Walsum war, sind wir von Fernsehteams begleitet worden. Wir haben uns ganz bewusst den neuen Kraftwerksblock dort angeguckt und sind im Schatten des Kühlturms interviewt worden. Und dann stellt die junge Journalistin eines Fernsehsenders die Frage, ob wir denn dabei bedacht hätten – wir haben das natürlich alles gelobt und haben gesagt, wir freuen uns, dass es nächstes Jahr endlich so weit ist – ob wir denn bedacht hätten, dass es ja auch Bedenken in der Bevölkerung gäbe. Sie habe da mit jemandem gesprochen in Walsum. Der habe eine Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach und da gäbe es jetzt Schattenwirkung. Wir beide sind damit real – das ist keine Anekdote, die wir uns ausgedacht haben – konfrontiert worden.

Das zeigt, dass es eine gesellschaftliche Debatte gibt, in der wir alle in diesem Saal herausgefordert sind, auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern in das Gespräch zu kommen und sagen, worum es eigentlich geht. Es geht nicht darum, dass irgendein Unternehmen Geld verdient damit, dass es Strom produziert. Es geht darum, dass wir, wenn wir diese Energiewende nicht erfolgreich gestalten, Hand anlegen an den Wohlstand in unserem Land. Solange wir das nicht tun wollen, gehört zu einer erfolgreichen Energiewende eben auch sogenannter konventionell erzeugter Strom. Ich komme darauf, wie das Marktdesign aussehen kann, gleich noch einmal zurück. Aber, wenn wir diese Grundbotschaft nicht setzen und sagen, zur Akzeptanz gehört es auch, dass in der Bundesrepublik Deutschland eine Erneuerung des Kraftwerksparks notwendig ist, dann werden wir am Ende nicht erfolgreich sein. Deshalb müssen wir an der Frage der Akzeptanz unbedingt arbeiten.

Zweitens geht es um die Frage: Wie bekommen wir das zusammen? Den Aufbau der Erneuerbaren, der von niemandem infrage gestellt wird in den Ausbauzielen, so wie sie beim Atomausstieg vor eineinhalb Jahren festgelegt worden sind. Es gibt keine ernsthafte Debatte, welche das Ziel „80 % bis 2050“ und dann die einzelnen Schritte dorthin bisher infrage stellt. Der Weg dahin ist umstritten, aber die Ziele sind es nicht.

Deshalb müssen wir eine Antwort darauf finden, wie wir erneuerbare Energie bis zu 80 % im Jahre 2050 mit konventionell erzeugter Energie unter ein Dach bringen, damit wir nicht noch verschärft in die Situation hineinlaufen, dass es erstens keine neuen Investitionen gibt und zweitens im Bereich der dortigen Erzeugung darüber nachgedacht wird, die Dinger sogar vom Netz zu nehmen und abzuschalten.

Es ist eine ganz große Herausforderung, für so ein Marktdesign eine Antwort zu finden.

Ich will etwas sagen, was wahrscheinlich in der Politik gefährlich ist, aber ich will es trotzdem sagen: Jedenfalls in meinem Haus und in dieser Landesregierung – und ich weiß, dass es in Berlin bei vielen auch so ist – nehmen wir uns Zeit, um das, was wir als Idee vielleicht im Kopf haben, mit möglichst vielen zu besprechen.

Ich glaube, nichts wäre fataler – Sie haben davon gesprochen, dass wir Planungssicherheit brauchen – als wenn wir jetzt nach und nach mit einer Idee nach der anderen auf den Markt gehen, die dann vom jeweils politischen Gegner verbrannt wird und die dann für die politische Diskussion nicht mehr zur Verfügung steht. Stattdessen müssen wir uns ein bisschen Ruhe nehmen. Wir haben eine Idee. Die ist uns auch nicht im Büro eingefallen, sondern die ist aus den Gesprächen mit der Industrie entstanden, mit der Energiewirtschaft vor Augen. Wir haben eine Idee, wie wir die Erneuerbaren schrittweise in den Markt bringen, wie wir gleichzeitig dafür sorgen, dass in dem anderen Bereich Investitionssicherheit und Perspektive entsteht. Dann muss man sich das genau überlegen. Wir sind jetzt dabei, mit Wissenschaftlern die Wechselwirkung einer solchen Entscheidung zu berechnen. Es wird noch ein paar Wochen und vielleicht noch ein paar Monate dauern, bis zum Anfang des nächsten Jahres. Dann werden wir das präsentieren, wie andere ihre Ideen vielleicht auch präsentieren. Wir sind nämlich noch gar nicht in der Phase, wo es den Ideenwettbewerb gibt. Leichtfertig zu sagen, man braucht ein Quotenmodell, weil das dann irgendwie die Probleme löst, das reicht nicht aus. Mal ein bisschen was bei der Fotovoltaik zu ändern, mal ein bisschen Haftungsregelung für die Anwendung von Offshore-Anlagen zu machen – das alles reicht nicht aus, wir brauchen diese Dinge aus einem Guss.

Ich will Ihnen sagen, dass ich nicht glaube, dass am Ende der politische Streit zwischen den vier relevanten Kräften Schwarz, Gelb, Rot und Grün der schwierigere sein wird. Die entscheidende Auseinandersetzung wird bei 16+1 liegen. Denn ein schleswig-holsteinischer Ministerpräsident ist für die Vertretung der Interessen seines Landes gewählt. Und das Land Schleswig-Holstein möchte gerne 300 % des selbst verbrauchten Stroms an Kapazität einspeisen. Bayern hat gesagt, sie möchten gerne autark sein und möchten die Strategie in diese Richtung bringen.

Auch wir in Nordrhein-Westfalen haben ein Interesse und einen Auftrag im Bereich von Braunkohle und von Steinkohle, die Dinge mit in die Diskussion einzubringen. Das wird die entscheidende Frage sein: Wie bekommen wir es hin, 16 Einzelinteressen plus das, was auf der Bundesebene passiert, unter einen Hut zu bringen? Ich bin davon überzeugt, dass das gelingen kann, seitdem ich vor zehn Tagen gesehen habe, dass die Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz ein gemeinsames Papier auf den Tisch gelegt haben. Das hätte niemand vorher für möglich gehalten. Weil so langsam

die Erkenntnis wächst, dass man zwar zu Hause viel Beifall bekommen kann, das aber am Ende nichts nutzt, wenn wir das Ding nicht zusammen auf die Reihe bekommen. Deshalb wird es nicht in drei Wochen, nicht in drei Monaten zu der endgültigen Lösung kommen und zu dem Durchschlagen des Knotens, sondern es wird weiterhin ein Ringen geben. Aber ich bin davon überzeugt, dass von allen Seiten Bewegung kommen wird. Niemand wird das EEG unantastbar lassen. Das EEG wird massiv reformiert werden müssen. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei. Wir werden das in Angriff nehmen. Erneuerbare müssen sich künftig – jedenfalls mittelfristig – am Markt beweisen.

Ein Zweites ist, neben diesem Marktdesign, die Frage, wie wir den Ausbau der Netze hinbekommen. Es wird immer nur über die Übertragungsnetze gesprochen. Die sind auch eine Herausforderung. Da werden dann vier große Trassen vorgestellt. Vielleicht fangen wir erst einmal mit zweien an und bringen schrittweise diese Dinge voran, auch in der entsprechenden Kommunikation. Ich habe über das Thema Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger schon gesprochen. Aber mindestens genauso wichtig ist doch der Ausbau der intelligenten Netze, der Verteilnetze, dass wir dort die Investitionen tätigen. Dort müssen die Anreize und die entsprechende Regulierung auch verändert werden. Wir müssen uns natürlich dem Thema der Bezahlbarkeit stellen. Deshalb wollen wir ja, deswegen sage ich ja, dass man das EEG anfassen muss.

Was wir aber nicht zulassen dürfen, ist eine Verschärfung der gerade jetzt öffentlich stattfindenden Diskussion, Bürger versus Industrie. Fatal für einen Industriestandort, so etwas überhaupt so weit laufen zu lassen. Das, was bei den Befreiungstatbeständen für energieintensive Unternehmen jetzt zusätzlich oben drauf kommt, muss meines Erachtens nicht sein. Es hat dort auch schon bei den Netzentgelten Erweiterungen gegeben. Die kann man sehr kritisch beleuchten und muss man sich im Detail genau angucken. Es geht darum, dass wir den Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, die Bedingungen geben, dass sie auch hier bleiben können. Wir dürfen doch nicht tatenlos zusehen, wie Aluminiumindustrie, wie Zink oder Kupfer oder Zement oder Grundstoffchemie, die nächsten Investitionsentscheidungen alle reihenweise außerhalb unseres Landes treffen. Wie das, was im Bereich von Gas in den USA auf uns zukommt, diese Situation noch einmal verschärft. Deswegen verteidige ich auch diese Sondertatbestände, die wir für die energieintensiven Industrien haben. Manches kann man davon wegnehmen, aber das sind nicht die, um die es eigentlich geht, wenn da mal ein Rechenzentrum rausfällt, was jetzt mit reingekommen ist. Das ist nicht der Punkt. Es geht darum, dass wir in Wertschöpfungsketten denken und die, die am Anfang dieser Wertschöpfungskette stehen, wie zum Beispiel eben auch die Aluminiumindustrie hier in dieser

Stadt, müssen auch künftig in den Genuss dieser Sondertatbestände kommen.

Ich finde es schon bedenklich, dass wir gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg über Monate in Brüssel dafür gekämpft haben, dass es eine Kompensation für die nächste Periode im Emissionshandel gibt und froh waren, dass im Frühsommer dann eine Einigung kam, und wir in Nordrhein-Westfalen Unternehmen haben, die aufgrund dieser Einigung in Brüssel – welche aber in Deutschland noch umgesetzt werden muss – sogar Investitionsentscheidungen getroffen haben. Wir haben jetzt Mitte November und eine Einigung zwischen dem einen Ministerium in Berlin und dem anderen Ministerium, das dafür zuständig ist, ist bis heute nicht vorhanden.

Dasselbe gilt für das Thema abschaltbare Lasten. Die Unternehmen leisten doch ihren Beitrag zur Systemstabilität und wollen – und das ist in der Vorbereitung durch eine entsprechende Verordnung bei den abschaltbaren Lasten – dann auch entsprechend honoriert werden. All das lässt noch auf sich warten und das ist nicht gut für diesen Standort.

Ein ebenfalls sehr großes Thema, wenn wir über den Energiemarkt der Zukunft reden, ist das Thema Effizienz. Da reden wir über eine ganze Reihe von Prozessoptimierungen, die Nutzung von Abwärme, die Modernisierung von Fertigungsanlagen. Wir reden nicht nur über das Thema Strom, sondern wir reden auch über das Thema Wärme und dort wartet seit anderthalb Jahren das Thema Gebäudesanierung auf eine Einigung. Ich will Ihnen hier deutlich sagen, dass der nordrhein-westfälische Umweltminister und ich noch einmal überein gekommen sind, eine neue Initiative zu starten, um dieses Thema auch im Bundesrat endlich einmal abzuräumen. Weil nichts schlimmer ist als der Stillstand, wenn man sich dort gegenseitig überhaupt nicht mehr bewegen kann. Deshalb wird es eine solche Initiative in den nächsten Tagen noch einmal geben, einen neuen Anlauf.

Last but not least gehört neben dem Thema der Versorgungssicherheit, neben dem Thema der Bezahlbarkeit natürlich in den Dreiklang, in das magische Dreieck, das Thema Klimaschutz. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht, was – das weiß ich wohl – wahrscheinlich allein schon wegen dieses Titels zu einer ganzen Reihe von sehr erschrockenen Reaktionen führt. Wir haben vor kurzem die Anhörung im Landtag gehabt – die Kolleginnen und Kollegen sind zum Teil mit dabei gewesen. Natürlich ist das heftig umstritten, ob das denn nun wirklich notwendig sei. Ich will Ihnen sagen, warum ich glaube, dass es notwendig ist. Nicht, weil wir oben noch einmal einen drauflegen wollen, sondern weil wir auf den Schritten, die auf europäischer Ebene sowieso vereinbart sind, eine Klarheit brauchen, welche die nächsten Schritte sind. Die Landesverwaltung und die öffentliche Seite müssen sich dafür selbst in die Pflicht nehmen.

Dafür dient dieses Klimaschutzgesetz. Es legt nicht noch einmal einen oben drauf, sondern es verpflichtet das Land selbst.

Und das, was jetzt folgt, ist ein Klimaschutzplan. Dieser Klimaschutzplan wird nicht in irgendeiner Hinterstube, in irgendeinem Hinterzimmer erarbeitet, sondern in einem Prozess, der wirklich einmalig ist und der maximale Transparenz hat. Angesiedelt in sechs Arbeitsgruppen beim Wuppertal-Institut werden viele aus der Wirtschaft, aus der öffentlichen Hand, aus Gewerkschaften und aus Umweltverbänden an dieser Diskussion beteiligt. Und das ist nur die erste Phase. Wenn die Ergebnisse in den Expertenkreisen feststehen, dann wird das Ganze noch einmal in eine öffentliche Diskussion gegeben. Gerade wir hier in diesem Raum werden sehr genau darauf achten – ich ganz persönlich – dass das Thema Wettbewerbsfähigkeit, dass das Thema der Entwicklungsfähigkeit der Wirtschaft eben auch in einem solchen Klimaschutzplan ausreichend Berücksichtigung finden wird.

Also lassen Sie uns aktiv in diesen Prozess einsteigen und dort mitgestalten, anstatt nur darüber zu reden, dass das alles eine Gefährdung dieses Standorts wäre, wie ich das gelegentlich, nicht von Ihnen, aber gelegentlich an anderer Stelle gehört habe. Ich glaube, dass das eben mit dazu gehört, dass verantwortliche Energiepolitik wirklich alle drei Dinge im Blick haben muss. Das verlange ich ja auch allen anderen ab, dass sie eben nicht nur über Klimaschutz reden, sondern dass sie die Themen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit genauso mit dabei haben.

Wenn wir dieses alles hintereinander schalten, dann ist das nichts anderes als die Planung der Gestaltung dieser Energiewende. In Berlin will man nie etwas vom Masterplan hören. Ich glaube, ohne den wird es nicht gehen. Genauso wenig wird es ohne ein entsprechendes Monitoring gehen, um jeweils die einzelnen Schritte auch zu beleuchten und zu gucken, was haben wir dort gemacht, wo müssen wir entsprechend nachsteuern?

Alles in allem bin ich davon überzeugt, dass, wenn es jetzt endlich gelingt, diese ideologischen Barrieren zu überwinden, uns wirklich ganz nüchtern hinzusetzen und zu fragen: Was brauchen wir, um die Klimaziele, um die Ausbauziele hinzubekommen? Was brauchen wir, um das Ganze wirtschaftlich zu machen, wir dann am Ende auch unter Begleitung entsprechender Wissenschaft durchaus zu einem Ergebnis kommen werden.

Ein gutes Beispiel dafür, wie wir nüchtern ohne Emotionen in Nordrhein-Westfalen an ein Thema herangehen, das will ich Ihnen abschließend sagen, ist das von Ihnen angesprochene Thema Fracking – auch wenn Sie es ja nicht in den Mund nehmen wollten.

Auch wir haben Vorkommen. Und es geht darum zu schauen, wie können wir die nutzen, ohne dass der Mensch, das Wasser, die Natur dadurch gefährdet werden. Das ist eine Abwägung, die

man ganz nüchtern treffen muss. Deshalb gibt es dazu viele Gutachten von den Unternehmen, von uns, von der Bundesseite. Die legen wir jetzt noch einmal zusammen. Aber in den Gesprächen mit den betroffenen Unternehmen, die ich selber mehrfach geführt habe, ist eines ganz klar: Wir reden hier nicht davon, dass das morgen losgeht. Deshalb wollen wir das wissenschaftlich in aller Ruhe begleiten. Wir wollen nicht den Widerstand in der Bevölkerung – ja, fast sehenden Auges – organisieren, indem wir sagen: Ja, mit giftigen Chemikalien wollen wir das mal ausprobieren. Dann macht das niemand mit. Das ist auch den Unternehmen klar. Deshalb muss man wissenschaftlich begleitet, ohne den Einsatz giftiger Chemikalien – nicht ohne den Einsatz von Chemikalien, sondern ohne den Einsatz giftiger Chemikalien – Erkundungen machen. Das werden wir in die Wege leiten. Wir werden entsprechende Vorkehrungen treffen, damit das passiert in Nordrhein-Westfalen. Denn jedes Gutachten sagt, wir haben noch Erkenntnisdefizit über die tatsächlichen Vorkommen und über die Art und Weise, wie wir an die herankommen können.

Damit ist auch zwischen einem grünen Umweltminister und einem roten Wirtschaftsminister klar vereinbart, dass eben die Tür nicht zu ist zur Gewinnung dieses unkonventionellen Erdgases. Das müssen wir hinkriegen. Wir müssen die Bürger mit einbeziehen. Wir müssen das transparent machen, müssen die Wissenschaft mit einbeziehen und am Ende deutlich machen:

Wir haben ein Interesse daran, dass wir unsere Chancen nutzen. Wir sind keine Nein-Sager und wir sind auch keine Blinden, die in mögliche Gefahren direkt hineinlaufen. Das ist die Strategie, die wir bei diesem Thema verfolgen. Ich hoffe, wir haben dafür Ihre Unterstützung.

Ich darf mich ganz herzlich noch einmal für Ihre Einladung bedanken. Ich habe versucht, ein paar Eckpunkte der künftigen Energie-, Kohle- und Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen zu skizzieren. Ich darf mich noch einmal ganz herzlich für die ersten vertrauensvollen Monate der Zusammenarbeit bedanken und freue mich auf die vor uns liegenden Aufgaben. Wir werden sicherlich gemeinsam am Freitag vor Weihnachten in Kamp-Lintfort aufeinander treffen und dann vor Ort sein, wenn der Bergbau dort zu Ende geht.

Diese Landesregierung wird sich aber ganz sicher um diese Gebiete, wo Bergbau künftig nicht mehr stattfindet, in besonderer Weise auch weiterhin kümmern. Ich habe in meinem eigenen Haushalt für das Jahr 2013 entsprechend auch schon Geld reserviert und der ist ja durch das Kabinett auch schon beschlossen worden. Das ist in der Vergangenheit so gewesen und das werden wir auch fortsetzen. Um das möglichst intelligent zu machen, brauchen wir einen intensiven Austausch, brauchen wir ein gutes Miteinander. Ich bin sicher, dass uns das gelingen wird.

Ganz herzlichen Dank!